

DER VOLKSWIRT

Widersprüche der deutschen Klimapolitik

Hohe Subventionen für grüne Energien und hohe Strompreise: Und dennoch sinken die CO₂-Emissionen kaum. Deutschlands Energiewende ist teuer – und klimapolitisch eher wirkungslos.

Von Joachim Weimann

Als Weltmeister sind wir entthront, aber seit kurzem sind wir immerhin Europameister. Nur leider nicht im Fußball, sondern beim Strompreis. Da haben wir die bisher führenden Dänen jetzt auch noch abgehängt, der deutsche Strompreis liegt um etwa die Hälfte über dem EU-Durchschnitt.

Deutsche Klimapolitiker werden das mit einem Achselzucken zur Kenntnis nehmen und als Beleg dafür werten, dass unsere nun mal sehr ambitionierte Klimapolitik eben ihren Preis hat. Gerade erst wurde wieder verkündet, dass die erneuerbaren Energien jetzt zusammen über ein Drittel der Stromerzeugung leisten. Auch die Umweltministerin findet, dass wir bei den Erneuerbaren schon viel erreicht haben. Schade nur, dass die CO₂-Emissionen – um die es ja schließlich geht – nicht so recht sinken wollen. Zwischen 2005 und 2016 sind sie bei den energiebedingten Emissionen gerade mal um 7,2 Prozent zurückgegangen. Angesichts von etwa 25 Milliarden Euro, die der Ausbau der Erneuerbaren zuletzt jährlich allein über die Umlage des Erneuerbaren-Energien-Gesetzes (EEG) gekostet hat, ein äußerst mageres Ergebnis.

Deutschland kommt allen Erfolgsmeldungen zum Trotz bei der CO₂-Reduktion kaum voran. Dabei sind die 25 Milliarden Euro EEG-Umlage und die hohen Strompreise ja nur ein Teil der enormen Lasten, die wir auf uns nehmen, um im Alleingang das Klima zu retten. Mittlerweile gibt es mehr als tausend Bürgerinitiativen, die sich gegen die Zerstörung der Landschaft durch Windräder zu wehren versuchen – meist ohne Erfolg. Erreicht haben wir mit all den Anstrengungen zur Energiewende, dass der Anteil von Wind- und Solarenergie am Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik nach den Daten für 2016 gerade mal 3,1 Prozent betrug. Gigantischer Aufwand, lächerlich geringe Erträge – das ist die Realität deutscher Klimapolitik.

Richtig schlimm wird die Sache aber dadurch, dass selbst die kleinen Erfolge, die scheinbar erzielt werden, komplett verschwinden, sobald wir die deutsche Perspektive aufgeben und die Sache aus der Sicht Europas betrachten. In der EU gibt es den Emissionshandel, und der sorgt dafür, dass die Alleingänge Deutschlands in der Klimapolitik hinsichtlich der CO₂-Emissionen vollständig wirkungslos bleiben. Wird in Deutschland CO₂ durch Windkraft eingespart, brauchen die fossil betriebenen Kraftwerke weniger Emissionsrechte. Die Rechte, die überzählig sind, werden verkauft, und die in Deutschland eingesparte CO₂-Emission findet früher oder später beim Käufer statt – eben in anderen Ländern. Deutsche Klimapolitiker ignorieren diesen Effekt, seitdem es den Emissionshandel gibt – also seit immerhin 13 Jahren.

Nur im Notfall geben sie zu, dass man mit dem EEG tatsächlich keine Emissionsersparnis hinbekommt, die über die

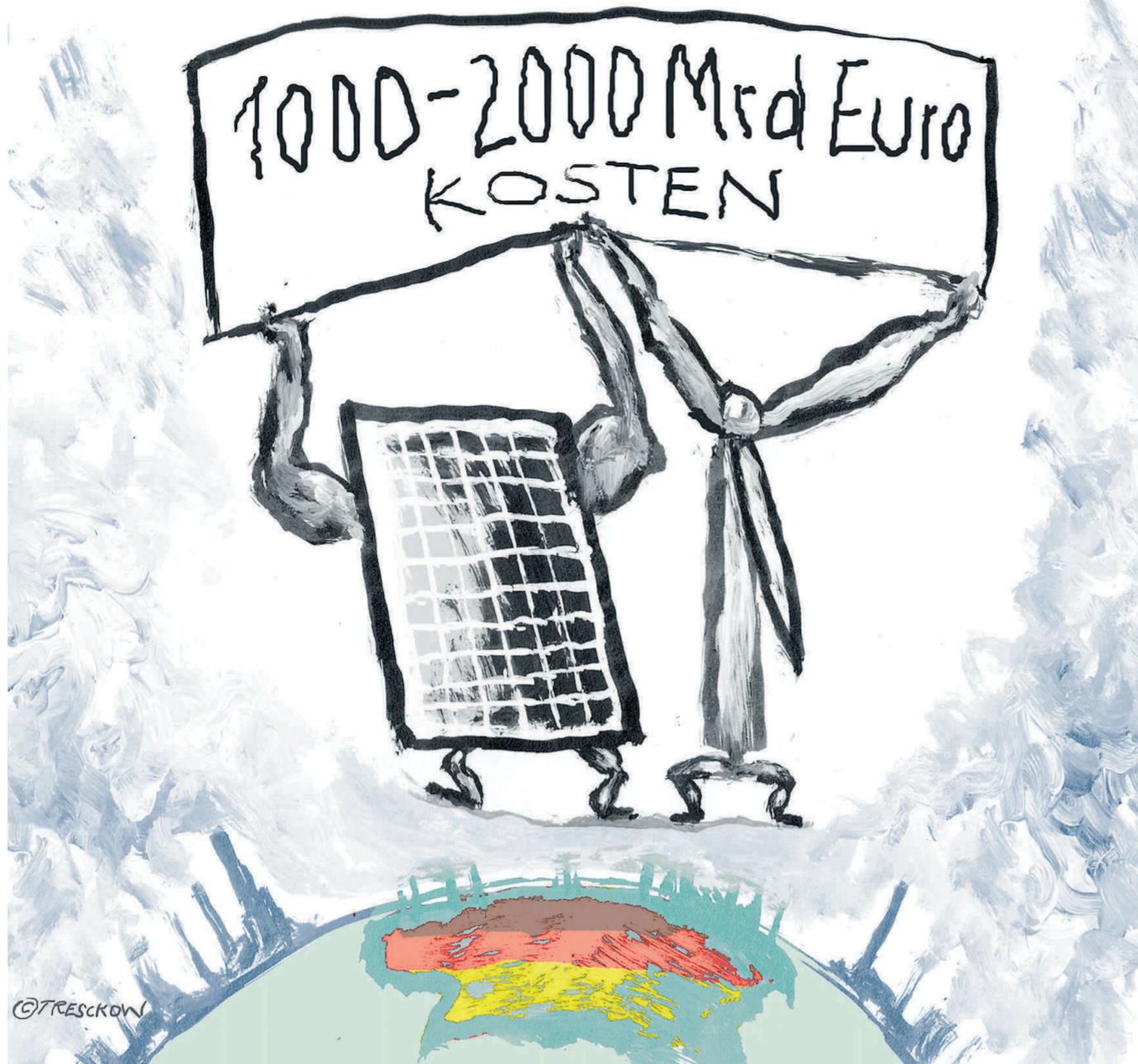


Illustration Peter von Tresckow

hinausgeht, die im Zuge des Emissionshandels durch die Begrenzung der Emissionsmenge ohnehin sichergestellt ist. In diesem Fall flüchtet man gern in die Behauptung, dass diese Begrenzung nur deshalb möglich sei, weil es in Deutschland so viele Windräder und Solardächer gibt. Angesichts der mickrigen Einsparungen, die in Deutschland seit 2005 (da wurde der Emissionshandel eingeführt) erreicht wurden, hat sich dieses Argument allerdings inzwischen endgültig erledigt. Es war sowieso nie überzeugend, weil der Eingriff, den Deutschland mit dem EEG in den Emissionshandel vornimmt, zur Folge hat, dass das Ziel einer kosteneffizienten CO₂-Einsparung, das grundsätzlich mit dem Emissionshandel erreicht werden kann, verfehlt wird.

Der deutsche Weg der CO₂-Reduktion – ein weitgehend planwirtschaftlicher, subventionsgetriebener – wird nach Schätzung der Technikakademie Acatech je nach Höhe des Reduktionsziels über die Jahre bis 2050 „im Bereich von 1000 bis 2000 Milliarden Euro“ kosten. Das ist eine sagenhaft hohe Summe.

Die Kosten der Emissionsreduktion haben in der deutschen Klimapolitik aber nie eine wichtige Rolle gespielt. Dabei ist die Forderung, kosteneffiziente Politik zu machen, im Kern eine sehr „grüne“ Forderung. Sie bedeutet, dass mit den Ressourcen, die für den Klimaschutz eingesetzt werden, möglichst viel CO₂ einzusparen ist, weil die kostengünstigsten Vermeidungstechnologien eingesetzt werden. Die Notwendigkeit, Klimapolitik kosteneffizient zu betreiben, wird in Deutschland genauso ignoriert wie die Tatsache,

dass sich deutsche Klimapolitik im Kontext der EU abspielt und es deshalb auf die europäischen Emissionsziele ankommt und nicht die deutschen. Was nützen CO₂-Einsparungen in Deutschland, wenn diese beispielsweise in Polen zu höheren Emissionen führen?

So erfolglos die deutsche Politik ist, so sehr kann sich sehen lassen, was die EU mit dem Emissionshandel erreicht hat. Das mit diesem Instrument verbundene Ziel besteht darin, bis 2030 gegenüber 1990 kosteneffizient 40 Prozent weniger CO₂ im Emissionshandelssektor auszustößen. Und dieses Ziel wird erreicht werden. Bis 2017 sind schon 25 Prozent eingespart. Die Emissionen sind sogar stärker gesunken, als es durch die Festlegung der Obergrenze (den Cap) und deren planmäßige Absenkung vorgegeben war. Im Emissionshandel wurde der Plan übererfüllt und das zu sehr geringen Kosten. Die Gründe dafür lassen sich nicht genau benennen, weil die EU leider keinen Zugriff auf die unternehmensbezogenen Daten erlaubt. Aber es dürfte ganz sicher eine wichtige Rolle spielen, dass Vermeidungsmaßnahmen in Unternehmen nicht graduell, sondern sprunghaft erfolgen. Stellt beispielsweise ein Unternehmen eine Großfeuerungsanlage von Schweröl auf Gas um, führt das zu einer sprunghaften CO₂-Reduktion. In Erwartung zukünftig steigender CO₂-Preise haben sehr viele Unternehmen solche Maßnahmen eingeleitet und haben in der Summe dabei mehr CO₂ eingespart, als sie hätten müssen. Da der Cap, die Obergrenze für Emissionen, weiter abgesenkt wird (ab 2020 mit einer höheren Rate), ist zu erwarten,

dass die Emissionsrechte, die gegenwärtig quasi angespart werden, später benutzt werden, so dass die Emissionsmengen dann für gewisse Zeit über dem Cap liegen werden. Langfristig betrachtet, werden sie aber dem Verlauf des Cap folgen – und nicht der deutschen Klimapolitik.

Das alles ist längst auch empirisch nachgewiesen. Die Arbeiten von Christian Egenhofer und anderen, ein Spezialreport des Centre for European Policy Studies, und die Arbeit von Raphael Calel und Antoine Dechezleprêtre in der „Review of Economics and Statistics“ haben gezeigt, dass sich Emissionsvermeidungen kausal auf den Emissionshandel zurückführen lassen und dass dieser Handel zu verstärkten Forschungsanstrengungen mit dem Ziel der kosteneffizienten CO₂-Reduktion führt.

Um endlich vorzeigbare Erfolge bei der CO₂-Einsparung vorweisen zu können, plant die Bundesregierung den Ausstieg aus der Kohleverbrennung. Auch das wird die europäischen Emissionsmengen genau wenig verändern wie Hunderte Windkraftanlagen im Odenwald oder anderswo. Zumal wir nach dem Atom- und dem Kohleausstieg Atomstrom und Kohlestrom in erheblichem Umfang werden importieren müssen. Deutsche Politiker sind mehrheitlich überzeugte Europäer. Aber deutsche Klimapolitiker denken oft wie Nationalisten. Über die Grenzen Deutschlands hinauszudenken ist nicht ihre Sache. Das ist der vielleicht größte Widerspruch in der deutschen Klimapolitik.

Prof. Dr. Joachim Weimann hat den Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik an der Universität Magdeburg.

Wird die Inflationsrate falsch berechnet?

Eine Entscheidung über die Kosten selbstgenutzten Wohneigentums steht bevor / Von Gerald Braunberger

G gelegentlich ist der Vorwurf zu hören, die Inflationsrate werde in der Eurozone falsch berechnet. Die Qualität der Kritik reicht von seriös bis hanebüchlich. Mindestens ein Einwand besitzt Gewicht: In dem von der europäischen Statistikbehörde Eurostat berechneten und von der Europäischen Zentralbank als Zielgröße für ihre Geldpolitik verwendeten Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) ist die Preisentwicklung selbstgenutzten Wohneigentums nicht enthalten. Stattdessen wird die Entwicklung der Kosten des Wohnens in der Eurozone anhand der Mieten berechnet. Da viele Menschen Wohneigentum besitzen, wäre es konsequent, auch die mit der Nutzung von Wohneigentum verbundenen Kosten zu berücksichtigen.

Darüber wird in der Eurozone seit langer Zeit diskutiert. Daher wäre die Behauptung falsch, die EZB verdränge das Thema. Schon im Jahre 2001 verfasste sie ein Positionspapier, und 2005 wandte sich der damalige EZB-Präsident Jean-Claude Trichet an die Europäische Kommission mit der Bitte, das Thema anzupacken. Im Jahre 2009 teilte die EZB der Kommission offiziell die aus ihrer Sicht notwendigen Anforderungen für eine Anpassung des Verbraucherpreisindex mit.

Mittlerweile hat das Thema Fahrt aufgenommen. Im Laufe dieses Jahres sollen von Eurostat in Kooperation mit der EZB

Vorschläge für eine Einbeziehung der Kosten selbstgenutzten Wohneigentums in den Verbraucherpreisindex erarbeitet werden. Bis Ende 2018 muss die EU-Kommission zu einer Beurteilung dieser Vorschläge gelangen, die sie anschließend dem EU-Parlament und dem Europäischen Rat vorlegen wird.

So plausibel die Berücksichtigung selbstgenutzten Wohneigentums im Verbraucherpreisindex erscheint, so schwierig ist eine Implementierung. Denn die Daten für den Verbraucherpreisindex werden monatlich veröffentlicht, und sie sind aktuell. Daten für selbstgenutztes Wohneigentum liegen als Quartalsdaten vor und sind nicht sehr aktuell.

Weitere Herausforderungen entstehen aus der verwendeten Methodik. In einer ganzen Reihe von Ländern werden die Kosten selbstgenutzten Wohnraums bereits in Verbraucherpreisindizes berücksichtigt. Grundsätzlich lassen sich zwei Methoden unterscheiden. Die eine Methode zielt darauf ab, die laufenden Kosten der Nutzung zu ermitteln. Dazu zählen Zinsausgaben für Immobilienkredite, Steuern und Abgaben, Ausgaben für Reparaturen und eine Abschreibung für die Abnutzung. Dieses Verfahren findet in Kanada, Island und Schweden Anwendung, stößt aber auf mehrere Schwierigkeiten. So ist umstritten, ob Wertsteigerungen von Immobilien Berücksichti-

gung finden sollen. Denn die Erträge aus der Wertsteigerung müssten mit den Kosten der Nutzung verrechnet werden und reduzieren diese. Das führt zu einem scheinbaren Paradoxon: Die gestiegenen Immobilienpreise sorgen über sinkende Ausgaben für die Nutzung von Wohneigentum in der Tendenz zu einer sinkenden Inflationsrate.

Das in der Eurozone gültige Recht legt die Anwendung der zweiten Methode nahe, die etwa in Australien und Neuseeland Anwendung findet. Das Nettoerwerbsprinzip beruht auf den beim Kauf von Eigentum anfallenden Preisen. Nach diesem Prinzip gehen beispielsweise Preise von Kühlschränken oder Autos in den Preisindex ein. Aber auch wenn diese Methode auf den ersten Blick einleuchtend erscheint, so wirft auch sie Probleme auf. Kühlschränke (oder Autos) sind produzierte Güter. Im Preis für Wohneigentum sind aber nicht nur Produktionskosten der Immobilie enthalten, sondern auch die Kosten des Grundstücks, das keine Produktionskosten hat. Das ist wichtig, denn in vielen Fällen liegen die Kosten für das Grundstück höher als die Produktionskosten der Immobilie, und heftige Preisanstiege für Immobilien sind häufig vor allem auf gestiegene Grundstückspreise zurückzuführen. Preise reiner Bestände wie Grundstücke passen aber nicht recht in einen Verbraucherpreisindex.

Wer von der Einbeziehung der Kosten des Wohneigentums deutlich höhere Inflationsraten erwartet, liegt falsch. Der Ökonom Daniel Gros vom Center for European Policy Studies (Ceps) hat im Frühjahr eine Studie erstellt, in der er zu einer um rund einen halben Prozentpunkt höheren Inflationsrate für den Euroraum gelangt, wenn die Kosten selbstgenutzten Wohneigentums berücksichtigt werden. Diese Kosten sind 2017 in der Eurozone um 3 Prozent gestiegen. In der langen Frist hätten sich die Inflationsraten durch die Einbeziehung selbstgenutzten Wohnraums kaum verändert.

Darauf verwies kürzlich auch Bundesbankpräsident Jens Weidmann. „Langfristig unterscheiden sich Verbraucherpreisindizes mit und ohne Berücksichtigung von selbstgenutztem Wohneigentum zwar kaum, doch zeitweise sind erhebliche Unterschiede zu beobachten. Im Euroraum liegen die Inflationsmaße, die die Kosten von selbstgenutztem Wohneigentum enthalten, seit einigen Jahren etwas über der offiziellen Teuerungsrate.“ Weidmann warnte davor, daraus weitreichende Konsequenzen für die Geldpolitik ziehen zu wollen. Er fügte hinzu: „Lassen Sie mich eines klarstellen: Natürlich ist das kein Aufruf zum Rosinenpicken bei der Wahl der Inflationsmaße. Das wäre ein todsicherer Weg, die Glaubwürdigkeit der Zentralbank zu gefährden.“

Europlatz Frankfurt

Zurück in die Vergangenheit?

Von Stefan Bielmeier

Die Globalisierung ist in Gefahr und mit ihr die positiven Errungenschaften der vergangenen Jahre wie kräftiges Wirtschaftswachstum, tiefe Inflationsraten, niedrige Zinsen und steigende Beschäftigung. Was der anhaltenden Globalisierungskritik von der linken Seite des politischen Spektrums lange nicht gelungen ist, haben rechte populistische Bewegungen in relativ kurzer Zeit geschafft: Nationalismus ist wieder en vogue, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Isolationismus scheint für viele Menschen sehr attraktiv zu sein.

Die amerikanische Regierung unter Donald Trump und ihr neuer Protektionismus sind in dieser Debatte sicherlich die wichtigste treibende Kraft. Dabei ist nicht zu leugnen, dass der Präsident der Vereinigten Staaten in vielen Punkten auf seiner Agenda durchaus ein berechtigtes Anliegen hat. Das Ungleichgewicht bei den Zöllen auf Autos zwischen den Vereinigten Staaten und der Europäischen Union geht zurück auf eine Abschottungspolitik Europas gegenüber asiatischen Konkurrenten, die nicht mehr in die Zeit passt. Und auch Trumps Kritik an Chinas wirtschaftlicher Machtpolitik ist sicherlich nachvollziehbar. Trumps Vorgehen ist jedoch nicht nur unorthodox, sondern auch unangemessen – nicht zuletzt weil es mit populistischen und fremdenfeindlichen Untertönen arbeitet.

Auch in weiten Teilen Europas gewinnen nationalistische Positionen an Boden. Wenn die Populisten nicht bereits an der Regierung beteiligt sind, so prägen sie vielfach die politische Debatte. Umso wichtiger ist es, diesen Bestrebun-

gen entgegenzutreten und die Vorteile, die mit der wirtschaftlichen Öffnung der vergangenen Jahrzehnte verbunden sind, nicht aufs Spiel zu setzen.

Denn es war die Globalisierung, die letztlich die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der vergangenen rund 25 Jahre entscheidend geprägt hat. Die Länder des früheren „Ostblocks“ haben sich ebenso in den Weltmarkt integriert wie viele asiatische Staaten. China ist in recht kurzer Zeit zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt herangewachsen. Enormer Wohlstand ist geschaffen worden, Hunderte Millionen von Menschen konnten sich aus großer Armut befreien.

Derzeit scheint die Welt am Scheideweg zu stehen: Wächst sie auch weiterhin vor allem wirtschaftlich immer enger zusammen, oder gewinnen die Kräfte die Oberhand, die die Globalisierung rückabwickeln wollen?

Es ist klar, eine Protektionismus-Spirale hätte große reale Kosten und Wohlstandseinbußen zur Folge. Das Wirtschaftswachstum in der Welt würde niedriger ausfallen, und die Inflation würde zumindest vorübergehend deutlich ansteigen. Ein politisch initiiertes Bruch der herrschenden Strukturen ließe auch die Kapitalmarktrenditen steigen, das Kapital für neue Investitionen würde wieder teurer werden. Die Unternehmensgewinne dürften schwächer wachsen und die Aktienkurse wohl zumindest eine längere Verschnaufpause einlegen.

Der Autor ist Chefvolkswirt und Leiter Research der DZ BANK.



WIRTSCHAFTSBÜCHER

Tugenden der Freiheit

Wilhelm Röpke als kultureller Ökonom

Viele assoziieren heute mit dem „Neoliberalismus“ eine übertriebene Marktorientierung auf Kosten von Staat und Gesellschaft. Gerade dieses Ungleichgewicht war eine der Hauptursachen vieler Ordoliberalen, insbesondere von Wilhelm Röpke. Das zeigt ein neues Buch, das Patricia Commun und Stefan Kolev als Ergebnis einer Konferenz in Genf aus Anlass des 50. Todestages Röpkes herausgegeben haben.

Der im Jahre 1899 geborene Röpke widmete sich zunächst, wie viele Ökonomen seiner Generation, der Konjunkturtheorie. Er war mehr als einige seiner liberalen Freunde überzeugt, dass die Weltwirtschaftskrise auf die Notwendigkeit hinwies, den natürlichen Korrekturprozess in solchen außerordentlichen Krisen durch staatliche Maßnahmen zu unterstützen. Drei Kapitel im Buch führen dies vor Augen, besonders eindrücklich der Beitrag von Lachezar Grudev. Als früherer Kritiker des NS-Regimes emigrierte Röpke 1933 ins Exil in Istanbul. Dort suchte er mit seinem Freund Alexander Rüstow nach Erklärungen für die weitaus umfassendere, nicht nur ökonomische Krise der westlichen Kultur der dreißiger Jahre.

Hier liegt die große Bedeutung Röpkes für die Gegenwart, und hierin besteht auch der Schwerpunkt des Buches. Ein Großteil des Missbehagens an der Gegenwart ist nicht nur wirtschaftlicher Natur, sondern richtet sich auch auf gesellschaftliche Fragen (Einwanderung und freie Meinungsäußerung) sowie den Staat (die Zukunft der EU und das Aufkommen linker und rechter Populismen). Es fehlt nicht nur die Stabilität des Finanzsystems oder der Weltwirtschaft, sondern das, was in diesem erhellenden Band als „Metastabilität“ der Gesellschaft und Kultur bezeichnet wird.

Röpkes Werk seit den vierziger Jahren war der Versuch, die Krise seiner Zeit in den Beziehungen zwischen Kultur, Gesellschaft, Markt und Staat ganzheitlich zu analysieren. Wie das Buch erkennen lässt, war das eine zu große Aufgabe für einen Einzelnen, trotz Röpkes integrativem Ansatz. Keiner der neunzehn Autoren ist ganz mit Röpkes Diagnose oder Therapievorschlägen einverstanden. Doch es sind die Fragen, die Röpke stellt, und die Herausforderungen, die er aufgibt, die ihn relevant machen.

Dies illustriert am besten das Kapitel von Nils Goldschmidt und Julian Dörr. Obwohl sie an grundsätzlichen Punkten nicht mit Röpke übereinstimmen, zeigen sie auch, warum diese Divergenzen fruchtbar sein können. Mehr als andere Ökonomen war Röpke bereit, sich mit der kulturellen Dimension – und der religiösen Dimension, die im Buch kaum zur Sprache kommt – des Liberalismus und der Märkte zu befassen. Er war skeptisch, ob liberale Institutionen ohne bürgerliche und christliche Kultur eine Chance hätten. Dies war schon zu Röpkes Zeit ein unpopulärer Einwand, der nur schwer mit seinem liberalen Universalismus zu vereinbaren war. Angesichts der heutigen Schwierigkeiten des Westens, Demokratie und Märkte zu verbreiten, ist dieser Punkt kaum zu ignorieren.

Der Vorrang des Kulturellen zeigt sich auch in Röpkes Blick auf den Markt. Was ihm an der Marktwirtschaft am meisten gefiel, war nicht ihre materielle Wirkung, sondern die damit eng verbundene bürgerliche Ethik, wie Alan Kahan in seinem wunderbaren Kapitel über Jacob Burckhardt und Röpke zeigt. Es ist die Ethik der Eigenverantwortung, der Sparsamkeit, der Klugheit und der Selbstdisziplin, getragen vom Kapitalismus der Kleinunternehmerfamilie im Geiste seiner Schweizer Wahlheimat ab 1937. Das ist etwas anderes als der Kapitalismus des 20. Jahrhunderts mit seinen großen hierarchischen Unternehmen, dem technischen Fortschritt und der Konsumkultur. Diese moderne Form lässt das Kontinuum zwischen privaten und öffentlichen Tugenden, das Röpke suchte, nicht zu. Stattdessen, wie Friedrich August von Hayek später betonte, lebt der moderne Mensch in zwei verschiedenen Welten zugleich: in der kleinen Welt der Familie und in der offenen Gesellschaft des Marktes und der Politik.

Vor die Wahl gestellt, gaben viele von Röpkes neoliberalen Freunden der Ethik der offenen Gesellschaft den Vorrang: Toleranz, Wettbewerb und Rationalismus. Röpke hingegen wollte die Ethik der kleinen geschlossenen Welt schützen und baute eine Spannung zwischen Liberalismus und Konservatismus auf, der sich viele Autoren im Band widmen. Diese Haltung machte ihn zum Kritiker seiner Zeit mit Blick für den korumpierenden Einfluss von Massenbewegungen und für die Bedeutung der Zivilgesellschaft, mit Faible sowohl für die (europäische) Integration und für einen hohen Grad an Föderalismus. Sie machte ihn auch zu einem originellen Kritiker von Monopolen: Sie schaden nicht nur dem Verbraucher, sondern bedeuten auch eine ungesunde Konzentration in der Wirtschaft mit gesellschaftlichen und kulturellen Auswirkungen. Röpke zog den Kleinbetrieb vor, den unabhängigen Bauern und Handwerker.

Obwohl sich die Autoren des Bandes wenig mit zeitgenössischen Themen auseinandersetzen, ist nicht schwer zu erkennen, dass die Herausforderung der zwei Welten und die Spannung zwischen Liberalismus und Konservatismus nach wie vor gegeben sind. Lokale, regionale und nationale Identitäten erweisen sich als erstaunlich widerstandsfähig gegenüber den homogenisierenden Marktkräften und bieten oft starke Gegenbewegungen. Die heutigen Ressentiments gegenüber der Globalisierung und der EU sehen die globalen Märkte als Gefahr für diese Identitäten. Das Buch zeigt Röpkes Versuche, solche Spannungen herauszuarbeiten, ohne dass er einfache Lösungen gibt. Sowohl lokale Identitäten als auch Märkte sind „kooperative Praktiken“, wie Henrique Schneider unterstreicht. Wie man diese zum Teil konkurrierenden kooperativen Praktiken am besten verbindet, ist eine Frage, die Röpkes Werk auch mit Leben erfüllt, so wie dieser Band seinem Werk wieder Leben einhaucht. Nicht weil der Band die Spannungen löst, sondern weil er sie ernst nimmt.

ERWIN DEKKER
Patricia Commun / Stefan Kolev (Hrsg.): Wilhelm Röpke (1899–1966). A Liberal Political Economist and Conservative Social Philosopher, Springer, Cham 2018, 272 Seiten, 123 Euro